

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 4

Gründung Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 17. Januar 1932

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Lohnsenkung! Beitragsenkung?

Als ein glückliches Zusammentreffen kann es gewiß nicht bezeichnet werden, wenn mit Beginn des neuen Jahres die Mitglieder eine Lohnsenkung von rund 14 Proz. über sich ergehen lassen müssen und zugleich auf Beschluß durch Urabstimmung eine Erhöhung des Beitrags für die an der Invalidenunterstützung beteiligten Mitglieder um 10 bzw. 20 Pf. pro Woche eintrat. Das dadurch bei den Mitgliedern teilweise hervorgerufene Unbehagen ist daher durchaus verständlich und muß dementsprechend auch gewürdigt werden. Ebenso begreiflich ist es weiter, wenn sich ein Teil der Mitglieder aus den berechtigten Empörungen heraus über das ihnen durch die Notverordnung zugefügte Unrecht mehr oder weniger wahllos nunmehr Ausgaben vom Hals schaffen will, die nicht als absolut notwendig anerkannt werden. Das mögen die Mitglieder nicht nur als ihr gutes Recht, sondern geradezu als eine gebieterische Pflicht betrachten angesichts der Tatsache, daß sie am eigenen Geldbeutel die Lohnminderung aufs heftigste empfinden, aber von einer Preisenkung in den gesamten Lebenshaltungskosten nur verdampft wenig zu spüren vermögen. Die durch die Notverordnung der Arbeiterschaft zugefügte schreiende Ungerechtigkeit kommt ja eben dadurch zum Ausdruck, daß ihr Einkommen bis zu 15 Proz. gekürzt ist, sie jedoch in bezug auf die Verbilligung der Lebenshaltung auf die Zukunft vertröstet wird. Sie empfindet instinktiv, daß durch die damit eingetretene Verminderung der Kaufkraft eine starke Verödung des Binnenmarktes eintritt, die im Gefolge mit sich führen muß eine noch größere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, als ohnehin schon vorhanden ist. Da die von unseren Berufsangehörigen erzeugten Produkte nicht zu den absolut erforderlichen Bedürfnissen des tagtäglichen Lebens gehören, müssen unsere Kollegen und Kolleginnen leider noch mehr als seither damit rechnen, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit manche von denen noch erfassen wird, die bis jetzt vom Glück begünstigt Arbeit, wenn teilweise auch nur Kurzarbeit, hatten. Mit Recht wird die bange Frage dabei aufgeworfen: Wird unser Verband, der bis jetzt alle statutarischen Bestimmungen in bezug auf die Unterstützungseinrichtungen restlos zu erfüllen vermochte, es ertragen können, auch noch die neuen in Aussicht stehenden Lasten auf sich zu nehmen?

Für die Invalidenunterstützung ist eine Beitragserhöhung durch Urabstimmung beschlossen und mit Beginn des neuen Jahres in Wirksamkeit getreten. Dadurch wurde für diesen Unterstützungszweig das Fundament wesentlich gestärkt und der im Mai stattfindende Verbands-

tag wird letzten Endes zu prüfen und zu entscheiden haben, was noch weiter getan werden muß zu dessen Sicherung für die fernere Zeit.

Nun werden angesichts der eingetretenen Lohnsenkung Stimmen laut, die verlangen, daß der Lohnsenkung auch eine Senkung der Beiträge auf dem Fuß folgen müsse, da es unerträglich wäre, die gegenwärtige Beitragshöhe bei den gesunkenen Löhnen aufrechtzuerhalten. Eine Beitragsenkung müsse in demselben prozentualen Ausmaße erfolgen, wie es bei der Lohnsenkung der Fall gewesen wäre. Das Verlangen würde also bedeuten, daß der gegenwärtige Verbandsbeitrag, der ohne Invalidenanteil in der 5. Klasse 1,30 Mk. beträgt, auf 1,10 Mk. herabgesetzt werden soll. Damit wäre der Beitrag gleich dem Satz, wie er für die Zeit vom 27. September 1925 bis 30. Oktober 1926 gegolten hat. Der Spitzenlohn im Buchbindergewerbe war damals gleichfalls 92 Pf. pro Stunde, so wie er jetzt gemäß der Notverordnung festgelegt wurde. Wären die wirtschaftlichen Verhältnisse und die daraus resultierende Lage des Arbeitsmarktes für unsere Berufsangehörigen die gleichen wie sie 1925/26 waren und wären auch die Bestimmungen des Verbandsstatuts heute noch so, wie sie zu jener Zeit gewesen sind, dann würde sich eine Angleichung der Beiträge an die Löhne wohl leicht und wahrscheinlich auch ganz schmerzlos bewerkstelligen lassen. Allein so liegen leider die Dinge nicht, wie doch zur Genüge allgemein bekannt sein sollte. Das Jahr 1925 zeigte eine Arbeitslosigkeit unserer Berufsangehörigen von 3,8 Proz. und das Jahr 1926 eine solche von 14,6 Proz. Dagegen weist aber das Jahr 1930 eine Arbeitslosigkeit von 20 Proz. auf und das Jahr 1931 wird aller Voraussicht nach einen Gesamtdurchschnitt von nahezu 30 Proz. Arbeitsloser bringen neben einem gleich hohen Prozentsatz Kurzarbeiter. Daraus geht schon hervor, daß die Verhältnisse für die Organisation gegenwärtig grundverschieden sind von denen, wie sie 1925/26 waren. Der Aufwand für Arbeitslosenunterstützung betrug im Jahre 1926 453 000 Mk., im Jahre 1930 aber 962 000 Mk., das sind rund 510 000 Mk. mehr. Das Jahr 1931 wird weit über eine Million Mark für die Arbeitslosen erfordern haben, so daß etwa 800 000 Mk. mehr für die Arbeitslosen benötigt wurden als 1926. Das Jahr 1932 wird, wie bereits oben angedeutet, aller Voraussicht nach noch schlechter werden, als das Jahr 1931 es war.

Stellen wir auch die Beitragseinnahmen von 1926 und 1930 einander gegenüber, dann zeigt

sich, daß sich das Beitragsaufkommen ohne die Invalidenanteile im Jahre 1926 auf 1 353 000 Mark belief, während es im Jahre 1930 gleichfalls ohne Invalidenanteile 1 798 000 Mk. betrug. Das Mehraufkommen an Beiträgen wurde, wie ersichtlich, völlig von den gesteigerten Ausgaben nur allein für die Arbeitslosenunterstützung absorbiert. Die Mitglieder, die das Verlangen auf alsbaldige Beitragsenkung stellen, vergessen eben ganz, daß der Verband gegenwärtig seine gesamten Einrichtungen nur aufrechterhalten kann, weil er in der glücklichen Lage war, Reserven zu besitzen, die ihm das zu tun gestatten. Aber bekanntlich läuft auch das größte Faß einmal leer. Da jedoch der Verband auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat, als lediglich nur Unterstützungen zur Auszahlung zu bringen, so müßte im gleichen Moment, in dem eine Beitragsenkung eintritt, eine ganz erhebliche Minderung in allen Unterstüzungszweigen mit Ausnahme der Invalidenunterstützung durchgeführt werden. Man könnte nicht etwa nur zurückgehen auf die Höhe, wie sie 1925/26 bestanden haben, sondern man müßte angesichts der gewaltig gesteigerten Arbeitslosigkeit und der dadurch bedingten verminderten Beitragseinnahmen und vermehrten Unterstützungsausgaben weit darüber hinausgehen. Dergleichen müßte die Ausgesteuertenunterstützung alsbald in Fortfall kommen. Ob die Mitglieder im allgemeinen wünschen, daß solche schwerwiegenden Änderungen Knall und Fall durchgeführt werden, das ist doch ernstlich zu bezweifeln, zumal da der Verbandstag vor der Tür steht. So schmerzlich es von den Mitgliedern empfunden wird, daß sie in ihrem Einkommen geschmälert wurden, so schmerzlich müßte es aber von denjenigen empfunden werden, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit und Brod sind, wenn ihnen nun kurzerhand die so segensreiche Hilfe des Verbandes zum großen Teil entzogen werden müßte. Die voll und teilweise noch in Arbeit stehenden Mitglieder werden bei ruhiger Ueberlegung gewiß bereit sein, dieses schmerzliche Gefühl bei unseren Arbeitslosen zu verhindern, und wenn es ihnen auch schwerfallen mag, doch den Beitrag zahlen, der nun einmal festgesetzt ist. Denn ein jedes Mitglied, das heute noch das Glück hat, voll oder wenigstens verkürzt arbeiten zu können, ist doch immer noch besser daran als jene Mitglieder, die seit kürzerer oder längerer Zeit von jeder Arbeit ausgeschlossen sind. Darum ist es ihre selbstverständliche Pflicht, Solidarität gegenüber den Arbeitslosen zu üben.

In den bald 50 Jahren seines Bestehens mußte der Verband schon manche großen Schwierigkeiten überwinden. Es gelang ihm immer, die Dinge zu meistern, weil sich die Mitglieder in den schwersten Zeiten in hohem Maße als diszipliniert und opferbereit zeigten. Das muß und darf auch diesmal nicht anders

sein. Darum ist in erster Linie Aufklärung durch die Funktionäre des Verbandes vonnöten. Mit Ruhe und Sachlichkeit müssen die Wankelmütigen und Unbesonnenen der Aufklärung teilhaftig werden. Sie sind davon abzuhalten, unüberlegte Schritte zu begehen, sich etwa in dem Augenblick von der Organisation abzuwenden, die deren äußerste Geschlossenheit er-

fordert. Wer Fahnenflucht begeht, wird zum Verräter an seiner eigenen Sache. Der Verband hat sich zu allen Zeiten als unerlässliche Hilfe und Stütze für die Mitglieder erwiesen. Tue daher auch jetzt jedes Mitglied seine Pflicht in vollem Maße, dann wird auch der gegenwärtige kritische Zeitpunkt überwunden werden können. X.

losigkeit im vergangenen Winter nur eine geringe saisonmäßige Entlastung bis zum Juni 1931 folgte. In einzelnen großen Industrieländern, wie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, war die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes sogar so schwach, daß sie die verschärft auftretenden Krisenwirkungen nicht auffangen konnte. In diesen beiden Ländern trat daher bereits in dieser Zeit eine neue Belastung des Arbeitsmarktes ein.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1931.

1. In unserem Beruf.

Vor nunmehr drei Jahren begann die sich bereits vorher in anderen Industriezweigen zeigende Krise auch in unserem Gewerbe bemerkbar zu machen. Seit dieser Zeit verschärften sich die Krisenzeichen von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr. Wenn wir schon vom Jahre 1930 sagen mußten, daß es ein Krisenjahr ersten Ranges gewesen war, dann zeigt das Jahr 1931, daß es alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt hat.

Das Jahr 1930 begann mit 16,8 Proz. Arbeitslosen und endete mit 23,4 Proz. Im Januar 1931 hatten wir bereits 25,5 Proz. arbeitslose Mitglieder, im Dezember jedoch 36,5 Proz. Im Gesamtdurchschnitt des Jahres ergab sich eine **Arbeitslosenziffer von 29,7 Proz.** Das ist das **Zehnfache** gegenüber 1913. Für die Kolleginnen ergab sich sogar eine dreizehnfache Steigerung der Arbeitslosenziffer gegenüber der Vorkriegszeit.

Nachstehende Zusammenstellung der Jahresdurchschnitte an arbeitslosen Mitgliedern zeigt mit aller Deutlichkeit die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes in unserem Beruf. Es waren pro hundert Mitglieder arbeitslos:

| | Kollegen | Kolleginnen | Zusammen |
|------------|----------|-------------|----------|
| 1913 . . . | 3,7 | 2,3 | 3,0 |
| 1925 . . . | 4,2 | 3,7 | 3,8 |
| 1926 . . . | 13,9 | 14,9 | 14,6 |
| 1927 . . . | 6,8 | 6,7 | 6,8 |
| 1928 . . . | 6,7 | 6,6 | 6,7 |
| 1929 . . . | 10,4 | 12,1 | 11,5 |
| 1930 . . . | 18,2 | 20,9 | 20,0 |
| 1931 . . . | 29,8 | 29,7 | 29,7 |

Die Zahl der **Kurzarbeiter** zeigt eine ähnliche Entwicklung. Es arbeiteten im Jahresdurchschnitt pro 100 Mitglieder verkürzt:

| | Kollegen | Kolleginnen | Zusammen |
|------------|----------|-------------|----------|
| 1925 . . . | 6,0 | 7,1 | 6,7 |
| 1926 . . . | 26,3 | 30,0 | 28,8 |
| 1927 . . . | 6,7 | 7,3 | 7,5 |
| 1928 . . . | 9,0 | 9,1 | 9,0 |
| 1929 . . . | 11,6 | 13,5 | 12,9 |
| 1930 . . . | 21,4 | 24,4 | 22,8 |
| 1931 . . . | 26,6 | 35,0 | 32,0 |

Das gleiche trostlose Bild zeigen die allmonatlich angeforderten **Konjunkturberichte**, von denen rund 30 000 Berufsangehörige erfasst werden. Im Jahresdurchschnitt waren pro 100 beschäftigt:

| | gut | befriedigend | schlecht |
|------------|------|--------------|----------|
| 1924 . . . | 50,6 | 36,6 | 12,8 |
| 1925 . . . | 51,7 | 32,8 | 16,2 |
| 1926 . . . | 26,6 | 41,9 | 31,5 |
| 1927 . . . | 50,7 | 37,5 | 11,8 |
| 1928 . . . | 44,5 | 41,3 | 14,2 |
| 1929 . . . | 30,0 | 46,2 | 23,8 |
| 1930 . . . | 18,7 | 39,6 | 41,7 |
| 1931 . . . | 14,0 | 41,0 | 45,0 |

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Monaten des letzten Jahres zeigt folgende Tabelle. Es kamen auf 100 Mitglieder:

| Monat | Arbeitslose | | Kurzarbeiter | |
|-----------------|-------------|--------|--------------|--------|
| | männl. | weibl. | männl. | weibl. |
| Januar . . . | 25,1 | 25,6 | 27,5 | 36,0 |
| Februar . . . | 25,8 | 26,0 | 29,4 | 41,7 |
| März . . . | 25,5 | 26,1 | 28,1 | 41,1 |
| April . . . | 26,4 | 27,4 | 25,3 | 36,2 |
| Mai . . . | 27,5 | 27,7 | 24,2 | 32,7 |
| Juni . . . | 28,4 | 28,0 | 24,0 | 29,6 |
| Juli . . . | 30,1 | 29,7 | 26,4 | 32,7 |
| August . . . | 32,8 | 32,5 | 31,4 | 39,8 |
| September . . . | 33,6 | 32,0 | 29,8 | 37,6 |
| Oktober . . . | 33,7 | 32,1 | 27,4 | 35,9 |
| November . . . | 32,5 | 32,6 | 21,6 | 26,7 |
| Dezember . . . | 36,7 | 36,3 | 24,1 | 30,5 |
| Jahres- | | | | |
| durchschnitt | 29,8 | 29,7 | 26,6 | 35,0 |

Wie selbst die im Betrieb Stehenden unter der Krise leiden, geht daraus deutlich hervor, daß im Dezember 1931 von den 30 000 an der Konjunkturstatistik Beteiligten der Anteil der schlecht Beschäftigten auf 53 Proz. stieg, gegenüber 29,5 Proz. im Vormonat. Ebenso sank die Ziffer der befriedigend Beschäftigten zur gleichen Zeit von 48 auf 38 Proz., so daß nur noch 9 Proz. gut beschäftigt waren. Während also rund 30 Proz. der Mitglieder zur vollständigen Untätigkeit verdammt sind, sind von den restlichen 70 Proz. nur 9 Proz. gut beschäftigt. Daß die unsinnige und drakonisch durchgeführte Lohnsenkung eine Besserung des Arbeitsmarktes und die langersehnte „Anturberung der Wirtschaft“ nicht bringen kann, ist für jeden klar. Die ungeheure Schwächung der Kaufkraft muß im Gegenteil ganz naturgemäß eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes mit sich bringen.

Der Geschäftsgang in den letzten zwei Monaten des Vorjahres im Vergleich mit denen des Jahres 1931 zeigt folgendes Bild:

| | Arbeitslose | Kurzarbeiter |
|----------|---------------------|---------------------|
| 1930 | | |
| November | 11 511 = 20,2 Proz. | 9 638 = 16,9 Proz. |
| Dezember | 13 314 = 23,4 Proz. | 10 526 = 18,5 Proz. |
| 1931 | | |
| November | 16 992 = 32,6 Proz. | 12 963 = 24,8 Proz. |
| Dezember | 18 795 = 36,5 Proz. | 14 501 = 28,1 Proz. |

Die Krise hat natürlich auch den Mitgliederstand nicht unwesentlich beeinflusst, der von 56 590 auf 51 036, also um 8,8 Proz. gegenüber Januar 1931 zurückgegangen ist. Die Mitgliederzahl der Kolleginnen fiel dabei um 4000 oder 10,9 Proz., die der Kollegen um 1036 oder 5,2 Proz.

* * *

2. Arbeitslosennot überall.

Das Statistische Reichsamte hat Feststellungen über die internationale Arbeitslosigkeit gemacht. Das Elend, das die kapitalistische Krise der letzten zwei Jahre über die Welt gebracht hat, kommt in den nüchternen Zahlen der Statistik mit aller Schärfe zum Ausdruck. Das Statistische Reichsamte hat festgestellt, daß dem Höhepunkt der Weltarbeits-

losigkeit im vergangenen Winter nur eine geringe saisonmäßige Entlastung bis zum Juni 1931 folgte. In einzelnen großen Industrieländern, wie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, war die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes sogar so schwach, daß sie die verschärft auftretenden Krisenwirkungen nicht auffangen konnte. In diesen beiden Ländern trat daher bereits in dieser Zeit eine neue Belastung des Arbeitsmarktes ein.

Seit Mitte des Jahres 1931 trieb eine neue Welle der Wirtschaftsschrumpfung die Arbeitslosenziffer weiter in die Höhe. Im Zusammenhang mit den Saisonentlastungen stieg die Gesamtzahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen in der Welt wieder auf den winterlichen Höhepunkt vom März 1931, nämlich auf 21 Millionen Erwerbslose. Bei vorsichtiger Schätzung dürfte bei der weiteren Verschärfung der Wirtschaftslage und der Einstellung der Außenarbeiten die Arbeitslosigkeit in der Welt um die Jahreswende annähernd 24 Millionen Menschen umfassen. Man muß bei diesen erschütternden Zahlen berücksichtigen, daß führende Wirtschaftsländer, wie die Vereinigten Staaten, eine Erwerbslosenstatistik nicht kennen, und daß die Schätzungen des Statistischen Reichsamtes eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind.

Für die Verschärfung des europäischen Krisenherdes ist es äußerst kennzeichnend, daß Länder, die bisher noch verhältnismäßig wenig von der Wirtschaftskrise betroffen waren, ja zum Teil sogar 1930 noch reine Konjunkturländer bildeten, wie zum Beispiel Frankreich, von einer sprunghaft in die Höhe schnellenden Arbeitslosigkeit überfallen wurden. So hatte sich Ende September im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres die Zahl der verheerenden Arbeitslosen in Belgien um 208 Proz. gesteigert, in der Schweiz um 70 Proz. und in der Tschechoslowakei um 108 Proz.

Schwer wütet die Krise auch im faschistischen Italien. Der „starke Arm des Duce“ hat das Hochschnellen der Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres auf das Doppelte nicht verhindern können. Wenn in Italien das Arbeitslosenproblem bis jetzt dem faschistischen System noch nicht gefährlich geworden ist, dann nur, weil im Süden die Natur dem Staat einen Teil der Sorge um die Arbeitslosen abnimmt. In Italien ist Arbeitslosigkeit für Tausende von Epizentren noch lange keine radikale Einkommensenkung. Die starke Berührung der Arbeiterklasse mit der Landwirtschaft, der Reichtum der Natur und das Klima mildern wesentlich die Sorgen um Nahrung und Obdach.

Abgesehen von den Vereinigten Staaten haben sich auch in anderen überseeischen Ländern die Arbeitsmarktverhältnisse außerordentlich verschlechtert. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in Australien in der genannten Zeit um 34 Proz. auf rund 120 700, so daß etwa 13 Proz. sämtlicher Erwerbstätigen feiern müssen. In Neuseeland, das bisher von der Krise ziemlich verschont geblieben war, hat sich die Arbeitslosigkeit seit dem Herbst 1930 um mehr als das Siebenfache gesteigert.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen war der Prozentfuß der Arbeitslosen Ende September am höchsten in den Vereinigten Staaten mit etwa 18 bis 20 Proz.; an zweiter Stelle folgt Großbritannien mit 13,8 Proz., an dritter Stelle steht der Australische Bund mit 13,2 Proz. und dicht an vierter Stelle steht Deutschland, in dem zu dem genannten Stichtag 13,1 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos waren.

Alle Sitten und Gebräuche unter den Buchbindergefellern.

Kam der Buchbindergefell auf seiner Wanderschaft in eine Stadt, dann mußte er sich beim Tischler nach der Herberge seines Handwerks erkundigen, diese ohne Umschweife aufsuchen und sich dort in das ausliegende Gesellenbuch einschreiben. Der Eintrag lautete z. B.:

„Anno 1723, den 14. August, bin ich, der Buchbindergefell Gustav Rudolph Nebelthau, gebürtig von Plauen im Voigtlande, von Altenburg nach Leipzig gekommen. Ich habe hier Handwerks wegen zugelassen, wofür ich mich schönstens bedanke.“

Obt schrieben sich die Zugereiften auch in Versen ein. Ein solches Poem lautete z. B.:

„Es ist der Menschen Leben gleich einer Pilgrimschaft. Wir wallen hin und her, bis uns der Tod wegrafft. Von Leipzig reißt ich weg und langt in Augsburg an Mit meinem Bündel schwer, gleich wie ein Pilgeram. Ich suchte Arbeit hier und thät sie wirklich finden. Der Himmel gab' mir Wiß, daß ich mög' nichts verbinden!“

Erst wenn sich der Zugereifte eingeschrieben und durch seine Kundschaft ausgemessen hatte, bekam er vom Herbergswoarter einen Ambiß, meist Käse, kaltes Fleisch oder Würst und einen Krug Bier. Er durfte aber keineswegs etwas fordern, sondern hatte die Wahl dem Altgefell zu überlassen. Konnte der Geselle keine Arbeit finden, dann mußte er die Stadt wieder verlassen, meist nach 48 Stunden. Der Altgefell trug sein Bündel und verabschiedete sich an der Stadtgrenze von ihm mit folgenden Worten:

„Monsieur Nebelthau aus Plauen! Weilen er seine Reise ferner fortsetzt, so wünsch' ihm Glück auf den Weg. Der liebe Gott sey sein Geleitmann zu Weg und zu Steg, zu Wasser und zu Land. Grüße er Meister und Gesellen, die des Handwerks ehrlich sind. Sind sie nicht ehrlich, so nimm er Geld und Goldes Werth und helfe sie Ehrlich machen!“

Der „Abschied“ (Aufkündigung der Arbeit) wurde vom Meister Sonntags nach dem Mittagessen ausgesprochen. Daraufhin ging der Geselle sofort zum Altgefell, zu dem er sagte:

„Monsieur Altgefell, ich will mich fremd angemeldet haben.“

Hatte der Geselle selbst Feierabend gemacht, dann durfte er sich in der Stadt nicht mehr umschauen. Er war verpflichtet, sich noch vor 1 Uhr mittags beim Altgefell fremdschreiben zu lassen, der dann mit ihm auf die Herberge ging und ihn „auskündete“, d. h., ihm einen Krug Bier vorsetzte. Inzwischen ging der Altgefell zum Meister und frug diesen, ob gegen den auf Wanderschaftziehenden etwas vorläge. Wenn nicht, dann zeigte er dem Obermeister an, daß der Geselle sich fremd gemeldet habe, bat um die Kundschaft und sorgte noch für ein „Abschieds-Trattament“ auf der Herberge.

Hatte der Zugereifte Arbeit gefunden, dann mußte er am Sonntag nach Arbeitsbeginn auf der Herberge zum „Auslegen“ erscheinen. Gleichzeitig wurde er hier ins Gesellenbuch eingeschrieben. Diese Förderung und Unterstützung kam aber nur dem examinierten Gesellen zugute. Im 18. Jahrhundert gab es für die deutschen Buchbindergefell 16 Städte, in denen Gesellen examiniert wurden. Es waren dies: Altenburg, Breslau, Frankfurt a. d. Oder, Hamburg, Helmstädt, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Münster i. W., Nürnberg, Posen, Prag, Rostock, Schweidnitz, Wien und Wittenberg. An all diesen Orten stand der Altgefell nach der ersten Umfrage auf und sprach:

„Also mit Günst! Ich N. N., gebürtig aus F., bekenne auf mein gut Gewissen, daß ich in Leipzig (oder anderwärts) vor offener Lade examiniert und zu einem vollkommenen Gesellen gemacht worden bin. Meine Tauspaten waren (folgen die Namen). Ich habe auch kein Messer noch iddliches Gewehr bey mir. Also mit Günst!“

Ein Geselle nach dem anderen mußte folgendermaßen antworten:

„Also mit Günst! Ich N. N., gebürtig aus F., bekenne auf mein gut Gewissen, daß ich in Leipzig (oder anderwärts) vor offener Lade examiniert und zu einem vollkommenen Gesellen gemacht worden bin. Meine Tauspaten waren (folgen die Namen). Ich habe auch kein Messer noch iddliches Gewehr bey mir. Also mit Günst!“

Bevor die Umfrage begann, stellte man Salz und Brot auf den Tisch. Jeder mußte einen Bissen Brot mit Salz nehmen mit folgenden Worten:

„Ich nehme diesen Bissen auf mein gut Gewissen!“ War die Umfrage beendet, dann fragte der Altgefell die noch nicht examinierten Gesellen, wann und wo sie ihr Examen abzulegen gedächten. Meist schob man die Examinator der hohen Kosten halber hinaus, solange man konnte. Sie kostete im 18. Jahrhundert meist 4 bis 5 Taler, also ungefähr 5 bis 6 Wochenlöhne. Sie war mit einer Reihe von Zeremonien verbunden: So erhielt der Examinant ein Harlekinskleid angelegt. Die anwesenden Gesellen stellten sich in zwei Reihen auf und nun begannen (z. B. in Leipzig) folgende Zeremonien: Jeder Geselle war mit einem Kochlöffel bewaffnet. Der jüngste brachte eine mit Blut angefüllte Koblenspanne, auf die er Papierspäne warf und umräucherte den Bachanten. Dann durchschritt er das Spalier der Gesellen, und der Examinant mußte ihm folgen. Nach Art des Spiegrutenlaufens erhielt dieser von jedem Gesellen einen Streich mit dem Kochlöffel. Diese Prozedur wiederholte sich mehrfach. Endlich trat ein mit einem langen Mantel bekleideter Geselle in die Stube. Er trug einen großen Saß und sprach:

„Guten Morgen, guten Tag, auch guten Abend! Geschwind komm ich hereingekommen, Weil ich hab' in der Eil vernommen, Daß ein fremder Herr ist angekommen. Den werd' ich scheren nach meiner Art Und ihm abpuhen den verwilderten Bart.“

Nun brachte man einen Stuhl mit drei Beinen, auf den sich der Examinant setzen sollte, und den man ihm auch noch wegzuziehen versuchte. Inzwischen schüttete der Barbier seinen Saß aus, der folgende Stüde enthielt: eine große Barbierschüssel, einem Schweinetrog ähnlich, einen Stein, die Barbierseife darstellend, ein großes hölzernes Barbiermesser, eine große Holzschere, einen dergleichen Ramm, eine Puderbüchse mit Sägespänen, einen Abzugsriemen und einen Spiegel, in dem ein Harlekin seinen Hintern zeigte. Nun begann das Barbieren. Dabei schmierte man dem Gesellen oft das Gesicht mit Ruß ein. Auf ein Klopfen erschien ein zweiter Geselle, der ein etwa spannenlanges und talerbreites rundes Kößchen brachte und nach dem neu angekommenen Gesellen fragte, dem er das Kößchen zum Einbinden in „weiß Schweinsleder, grün auf dem Schnitt, mit Clausuren und Eden“ übergab. Dieser Harlekin stellt an den Gesellen eine Reihe verhänglicher Fragen, so u. a. folgende:

„Was hat Er beim Collationieren, was beim Ausziehen zu obervieren?“

„Was beobachtet Er, wenn das Buch aus dem Falze geschlagen?“

„Wie oft wird eine Lage während des Schlagens aus dem Falze umgewendet?“ usw.

Hat der Prüfling die Fragen beantwortet, dann steht er auf, stellt das Kößchen auf den Tisch, die Gesellen aber werfen dasselbe herunter. Der Examinant muß es holen und wieder auf den Tisch stellen; dabei versuchen ihn seine Mitgesellen auf die Hände zu schlagen. (Schluß folgt.)

Stimmen aus unserem Kollegenkreis. Lohnsenkung und Beitragsregelung.

Es war zu erwarten, daß die durch die 4. Noverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen automatisch eintretende bedeutende Lohnsenkung auch die Frage der Neuregelung der Verbandsbeiträge aufrollen wird. Es gibt ja Kollegen und auch Kolleginnen, die an der Gewerkschaftsbewegung und auch an unserem Verband immer etwas auszusetzen haben, bei denen das gesüßelte und ebenso gedankenlose Wort: „Die Führung hat verjagt“, schon zur beständigen Lebensart geworden ist. Daß diesen Mitgliedern die eingetretene Lohnsenkung nun einen willkommenen Anlaß gibt, die Führer der Gewerkschaften mit durchaus unberechtigten Vorwürfen zu überschütten, darüber wird sich niemand wundern. Daß von dieser Seite nun auch die Beitragsfrage mit dazu benutzt wird, die Gewerkschaften und vor allem deren Angestellte angugrelsen und zu verunglimpfen, ist höchstlich nicht verwunderlich.

Nun hat aber zu dieser Frage Kollege E. Scholz, Breslau, im Verbandsorgan das Wort genommen. Kollege Scholz ist kein einfaches Mitglied. Er ist weiten Kollegenkreisen auch über die Grenzen Schlesiens hinaus bekannt. Er ist Mitglied der Ortsverwaltung, also Funktionär des Verbandes, und hatte Gelegenheit, einen Funktionärkursus auf der Bundeschule in Bernau zu besuchen. Er ist also schon ein geschulter Funktionär. Um so befremdender aber wirkt die Inanspruchnahme des Verbandsorgans durch ihn, ohne daß er in den hiesigen Funktionärkreisen seine Gedanken zur Aussprache gestellt hätte. Der Gauvorstand hat das in seiner letzten Sitzung bedauert, und auch die Ortsverwaltung fühlte sich durch das Vorgehen des Kollegen Scholz überrascht. Wenn auch von beiden Körperschaften keineswegs verkannt wird, daß ein nicht gerade unbeträchtlicher Teil der Mitglieder — was aus den in den Betrieben geführten Gesprächen hervorgeht — einen Abbau der Verbandsbeiträge erwartet, dann vertreten sie doch die Ansicht, daß man die Hände vom Beitragsabbau lassen sollte, und wenn es irgend möglich ist, auch von einer Neuregelung der Unterstüngen. Aber selbst wenn schon das letztere unvermeidlich werden sollte, dann sollte dieser Unterstüngenabbau nicht durch eine Senkung der Verbandsbeiträge noch verschärft und vertieft werden. Die Krisenopfer werden jedenfalls der Kollegenschaft sehr dankbar sein, wenn sie die neue Noverordnung nicht ausschließlich zu deren Lasten auswirken läßt. Die arbeitslosen Mitglieder aber hätten auch noch diese Auswirkung der Noverordnung zu tragen, wenn der Vorstand wegen einer Beitragsentlastung gezwungen würde, die Unterstüngen und vornehmlich die arbeitslosenunterstützung stark zu beschneiden.

Ueberdies könnte die Beitragsenkung nur ein ganz minimales Ausmaß haben. Gewiß sind die Löhne überall auf den Stand des Januar im Jahre 1927 zurückgeführt. Wollte man die Beiträge gleichfalls auf diesen Stand bringen, dann wäre wahrhaftig nicht viel für die Beitragszahler gewonnen. Denn die Beiträge standen wohl in den Beitragsklassen I um 5 Pf., II und III um 10 Pf. und in IV und V um 20 Pf. niedriger als heute, dafür wurden aber noch nebenher Extrabeiträge geleistet, die nicht etwa freiwillige waren, von deren Zahlung sich opfermüßige Mitglieder drücken konnten. Nein, sie waren obligatorisch, also Pflichtbeiträge, und betragen in den Klassen II und III 5 Pf. und in den Klassen IV und V 10 Pf. Es stand also der gesamte Verbandsbeitrag in den Beitragsklassen I bis III um ganze 5 Pf. und in den Klassen IV und V um ganze 10 Pf. niedriger als heute. Bringt denn diese lächerliche Kleinigkeit an eventuell möglicher Beitragsermäßigung, um die nun ein fürchterlicher Lärm geschlagen werden soll, wirklich unseren Mitgliedern eine spürbare Erleichterung in ihrem Lebenshaltungsbudget? Aber die arbeitslosen Mitglieder betämen ihre Auswirkung ganz fürchterlich zu spüren.

Schließlich werden nachdenkliche Mitglieder fragen, wie es kommt, daß es bei einer Beitragsenkung sich nur um einen so winzigen Betrag handeln kann, der für die Kolleginnen und Jugendlichen nur 5 Pf. und für den Kollegen nur 10 Pf. pro Woche ausmacht. Das liegt daran, daß der Verband in der Beitragsentwicklung seit Jahren stehen geblieben ist. Die letzte Beitragserhöhung trat am 1. Mai 1927 ein. Zwar fand 1928 ein Verbandstag statt, doch dieser nahm eine Beitragserhöhung nicht vor. Es soll das kein Vorwurf für den Verbandstag sein, denn schließlich konnte er ja nicht päpstlicher sein als der Verbandsvorstand, der eine Beitragserhöhung nicht gefordert hatte, weil er glaubte, mit den bestehenden Beiträgen auskommen und darum von einer weiteren Belastung der Mitglieder absehen zu können. So bleiben denn die Lohnerhöhungen in den Jahren 1928 und 1929 für die Verbandskasse ungenutzt. Den Gauen und Zahlstellen war die Möglichkeit, solche verpaßte Gelegenheiten für sich auszunutzen, genommen durch einen Beschluß des Hamburger Verbandstages, der sämtliche lokalen Beiträge auf zusammen 25 Proz. begrenzte. Wäre dagegen mit jeder Lohnsenkung eine Beitragsenkung verbunden gewesen, dann könnte jetzt dem Verlangen nach einer Beitragsenkung Rechnung getragen werden. Und wäre der Hamburger Beschluß nicht, dann konnte das wenigstens in einigen Gauen geschehen.

Es ist unbestreitbar, daß sich ein Teil unserer Mitglieder in einer Art Psychose (Seelenstörung) befindet, die manchen Funktionär Anlaß zu Befürchtungen gibt, wenn dem Verlangen nicht Rechnung getragen werden kann. Das muß auch dem Kollegen Scholz zugute gehalten werden. Aber schließlich verschlimmern sich die Folgen aus dem einstmaligen Versäumten nur, wenn man noch neue Fehler hinzufügt. Ein solcher wäre die Beitragsenkung im jetzigen Zeitpunkt, denn die Erfahrung zeigt, daß die Beitragsfrage — meistens handelte es sich bei diesen Regelungen um Erhöhungen des Beitrags — niemals einen nennenswerten Mitgliederverlust zur Folge hatte, wohl aber die Eingriffe in das Unterstützungswesen.

Als die Vorgänge beim Kriegsausbruch den Verbandsvorstand zwangen, die sachungsgemäßen Unterstützungen durch eine sogenannte Kriegsunterstützung zu ersetzen, sank im 3. Quartal 1914 die Mitgliederzahl geradezu sprunghaft herab. Neben dem Heeresdienst Eingezogenen waren es fast 2500 Kolleginnen, die sämtlich wurden. Die Zahl der Kolleginnen sank weiter, bis sie ihren Tiefstand im 4. Quartal 1915 erreichte. Nur allmählich kehrte das Vertrauen zum Verbands zurück, als nach dem 1. Juli 1915 die sachungsgemäßen Unterstützungen nahezu völlig wiederhergestellt waren. Ähnlich war die Mitgliederflucht, als die Instation im Jahre 1923 den Verband außerstande setzte, die Unterstützungseinrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Mitgliederflucht war eine geradezu katastrophale, denn die Mitgliederzahl sank von 95 500 auf 54 500. So schlimm wie damals wird die psychologische Wirkung nicht im entferntesten sein, wenn die von einem Teil der Mitglieder erwartete Beitragsenkung ausbleibt. Doch ähnlich schlimm könnte sie sein, wenn ein tiefgehender Eingriff in die Unterstützungseinrichtungen erfolgen müßte. Gerade das muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Frage der Beitragsenkung aufrollen und zur Diskussion stellen will, denn eine Beitragsenkung muß unabwiesbar mit einer starken Unterstützungseinschränkung verbunden sein. Aber eben das dürfte unser Kollege Scholz, dessen Rührigkeit und aufopfernde Tätigkeit für den Verband uneingeschränkte Anerkennung verdient, kaum beachtet haben. Zu wünschen ist ihm und allen denen, die da glauben, den Verband mit einer Beitragsenkung retten zu müssen, daß sie sich bald wieder zurechtfinden.

B. B. in B.

Neos Buchbinder-Kalender.

Dieser beliebte Fachkalender erschien vor kurzem im 42. Jahrgang. Neben buchbinderischen Fragen, die naturgemäß in einem Fachkalender den breitesten Raum einnehmen, sind viele wissenschaftliche Abhandlungen über kaufmännische, rechtliche und steuerliche Probleme in dem Kalender enthalten. Auch der neue Jahrgang wird durch seinen außerordentlich reichen Inhalt und durch seine wirkungsvolle Aufmachung wieder seine Freunde finden. Preis 2,65 M. portofrei, bei Mehrbezug Rabatt. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien, Stuttgart, Christophstraße 9.

Berichte.

Chemnitz. Unsere am 6. Januar stattgefundenen gütigste Verammlung stand im Zeichen des Lohnabbaus. Verließ auch die Verammlung selbst ruhig, dann war der Unwille der Kollegenschaft über den diktierten Lohnabbau recht deutlich zu spüren. „Allzu straff gespannt, zerbricht der Bogen.“ Dieser Spruch hat auch heute noch Gültigkeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Verammlung die verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise. Anschließend ging Kollege Miering näher auf den ab 1. Januar diktierten Lohnabbau ein. Er schäuferte dabei Einzelheiten aus der neuen Rotverordnung, als deren Folge der Lohn um 10 bis 14 Proz. abgebaut worden ist. Unsere jetzigen Lohnsätze sind ein Resultat der Rotverordnung, sie sind uns von der Regierung aufgezwungen worden. Als kleiner Vorteil, wenn man es so nennen will, kann man die Heraushebung des prozentualen Anteiles des Spitzenlohnes der Kolleginnen in der Kartonnagen-Industrie von 60 auf 63 Proz. ansehen und auch die Tatsache, daß die Innungsmeister nunmehr Ferien und Feiertage wieder bezahlen. Auch die überörtliche Be-

zahlung darf nicht wegfallen, da diese als Bestandteil des Einzelarbeitsvertrages gilt und entsprechend behandelt werden muß. Kollege Miering gab dann die ab 1. Januar gültigen Löhne bekannt, die bis zum 30. April in Geltung bleiben. Als nicht erfreuliche Folge dieser Lohnminderung verlangen unsere Mitglieder jetzt eine Beitragserhöhung. Ein Eingehen auf diese Wünsche muß jedoch ein Senken der Unterstützungen nach sich ziehen, und das wäre das Trübsalste, daß man dadurch wieder die Ärmsten unserer Kollegen schädigt.

In der Aussprache wurde näher auf einzelne Bestimmungen der Rotverordnung eingegangen. Ein Redner zeigte sehr treffend an Hand von Beispielen die Inkonsequenzen, die sich aus ihr ergeben.

Anschließend ging dann Kollege Schütz näher auf die Nachteile ein, die entstehen, wenn ein Mitglied die Vorschriften der Krankenkasse nicht kennt. Es kommt vor, daß sich die Mitglieder in ärztlicher Behandlung befinden und daß sie sich bei einer Verschlimmerung ihres Leidens krank melden und dann keinen Pfennig Krankengeld bekommen, weil sie ausgeleert sind. Sie hätten die Behandlungsdauer unterbrechen müssen, um in solchen Fällen in den Genuss von Krankengeld zu kommen. Verschiedene Anfragen über diesen Gegenstand wurden vom Kollegen Schütz zufriedenstellend beantwortet.

Mit der Aufforderung, in dieser schweren Krisenzeit das Volkshaus zu unterstützen, kam die Verammlung zum Abschluß.

Hamburg-Altona. Zu Beginn unserer am 18. Dezember stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung gedachte Kollege Braach mit ehrenden Worten der verstorbenen Kollegin Dennstedt und des Kollegen Reher. Anschließend referierte Genosse Kroll über „Arbeitslosenversicherung und Rotverordnung“. Er erinnerte in seinem Vortrag an die Entstehung des Arbeitsvermittlungsgesetzes und Arbeitslosenversicherungsgesetzes und schilderte dabei die harten Kämpfe der Gewerkschaften um die Kontrolle der Arbeitsvermittlung. Wenn auch dieses Gesetz in seiner ursprünglichen Form mancherlei Mängel aufweist, dann wäre die Arbeiterkraft anderer Länder recht zufrieden, wenn sie ähnliche Bestimmungen für sich in Anspruch nehmen könnte. Genosse Kroll ging besonders auf die durch die Rotverordnungen herbeigeführten Änderungen ein und bedauerte vor allem, daß für die Folgezeit die Unterstützung der Jugendlichen nun erst nach einer Bedürftigkeitsprüfung eintreten wird. Der Referent gab einen Ueberblick über das Spruchverfahren und empfahl den Mitgliedern dringend, sich bei Anrufung des Spruchauschusses von ihrer zuständigen Organisation vertreten zu lassen.

In der lebhaften Aussprache wies Kollege Lange besonders darauf hin, daß durch die Kürzung der Löhne auch beim Eintritt von Arbeitslosigkeit häufig genug eine niedrigere Lohnklasse in Frage komme. In der Debatte beteiligten sich weiter die Kollegen Willert, Bedoch und Dopfner. Letzterer brach nach langer Pause wieder einmal eine Lanze für Sowjet-Rußland, mußte sich jedoch vom Kollegen Braach einige bittere Wahrheiten sagen lassen. Der Vortrag des Genossen Kroll wurde mit großem Beifall aufgenommen, besonders nachdem der Referent in seinem Schlusswort einige Ergebnisse aus der Praxis zum besten gegeben hatte. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Urabstimmung über die Erhöhung des Beitragsanteiles für die Invalidenunterstützung kam die Verammlung zum Abschluß.

Wuppertal. Unsere am 3. Januar stattgefundenen Funktionärerversammlung beschäftigte sich mit der durch die Rotverordnung geschaffenen tariflichen Lage. Kollege Dreger, Köln, schilderte die Voraussetzungen, von denen die Regierung Brüning bei ihrem diktierten Lohnabbau ausgegangen ist. Die Leidtragenden hierbei seien wie immer bei allen Maßnahmen der Regierung nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen man wohl die Lebenshaltung einschränkt, ohne aber auf der anderen Seite genügend Nachmittel zur Preisentlastung zu haben. So ergäbe sich, daß die Rotverordnung zu einer doppelten Belastung der arbeitenden Schichten wird. Außerdem übersehe die Regierung den unheilvollen Einfluß der überhöhten Zölle, ohne deren Herabsetzung eine nennenswerte Verbilligung der Lebenshaltung nicht eintreten könne. Unter diesen Umständen haben die Verhandlungen mit den hiesigen Unternehmern stattfinden müssen, deren Forderungen noch weit über die durch die Rotverordnung vorgegebene Lohnminderung hinausgingen. Eine Verständigung mit den Unternehmern war darum nicht zu erzielen. Der Schlichter, Professor Brahn, Dortmund, machte sich den Standpunkt der Unternehmer zu eigen, nach dem ein vergleichbarer Tarifvertrag am 10. Januar 1927 im hiesigen Bezirk nicht bestanden habe. Im Gegensatz hierzu ist jedoch Tatsache, daß an diesem Zeitpunkt für den hiesigen Bezirk der Reichstarif Geltung hatte. Trotz aller gegenteiligen Beweisführung wurde ein Spruch gefällt, der einen Gehalt für den gelehrten Buchbinder von 0,85 M. vorsetzt. Die übrigen Löhne

errechnen sich nach dem selbsterigen Schema. Der Spruch ist einmal mehr ein Beweis dafür, wie einseitig die Schlichter vom Reichsarbeitsministerium beeinflusst werden.

In der sich anschließenden Aussprache machten die Diskussionsredner ihrem Unmut Luft über die Rotverordnung, besonders aber über die einseitige Handhabung des Schlichtungsverfahrens. Ganz offensichtlich sind hier die Interessen der Arbeiterkraft mit Füßen getreten worden. Es wurde bedauert, daß uns durch die derzeitige Lage ein Nachmittel, diesen Fehlspruch zu ändern, nicht gegeben ist.

Besonders ist das Verhalten des Herrn Dr. Schmidt in Firma Reih. Schmidt vor dem Schlichter aufgefäßen. Er erklärte diesem gegenüber, daß er nicht in der Lage sei, die durch Betriebsstilllegung arbeitslosen Leute der Firma Paulmann u. Kellermann, sowie Holzrichter aufzunehmen, wenn die Tariflöhne nicht in dem von den Unternehmern geforderten Ausmaß gesenkt würden. Dieser „menschenfreundlichen“ Erklärung gegenüber ist festzustellen, daß gerade die Firma Reih. Schmidt die älteren Arbeitskräfte entläßt, um jüngeren und damit billigeren Platz zu machen. Wenn uns auch in Anbetracht der Verhältnisse im Augenblick dem Spruch des Schlichters gegenüber keine Nachmittel zur Verfügung stehen, dann ist es der Wille unserer Funktionäre, schon jetzt mit aller Kraft für die Zeit Vorbereitungsarbeit zu leisten, in der wir uns aus eigener Macht das wiederholen, was man uns jetzt durch gesetzlichen Zwang genommen hat. Dann dürfte auch die Zeit der Sondertarife endgültig vorbei sein. Die Verammlung nahm zum Abschluß nachstehende Entschlüsse an:

„Die Funktionärerversammlung nimmt Kenntnis von dem unerhörten Schiedspruch des staatlichen Schlichters in Dortmund, dessen Entscheidung Löhne vorsetzt, die um 34 Pf. pro Stunde niedriger sind als die Löhne vom 10. Januar 1927. Dieser Spruch ist darum eine vollständig einseitige Stellungnahme des staatlichen Schlichters zugunsten der Außenleiter des Reichstarifvertrages. Der Schiedspruch wird von unseren Mitgliedern aufs schärfste verurteilt, geht er doch weit über das hinaus, was die Rotverordnung vorsetzt. Wir alle werden bemüht sein, diese unerhörten Eingriffe in das Tarifrecht so schnell wie möglich wieder zu beseitigen.“

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1931 gingen bis zum 12. Januar bei der Verbandskasse ein von: Rottbus — M., Spremberg 419,85 M., Stolz — M., Tschit — M., Gau Magdeburg — M., Uehersleben — M., Burg 300 — M., Magdeburg 2400 — M., Osterwied — M., Rathenow — M., Torgau — M., Wanfried 500 — M., Randel 150 — M., Neustadt — M., Göhlich — M., Jänemau — M., Langenfelza — M., Ruhla — M., Schmölln — M., Crimmitschau — M., Leipzig 161,10 M., Meßen — M., Oberwiesenthal — M., Konstanz — M., Ansbach — M., Erlangen — M.

*

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Rachau i. Erzgeb. B: Paul Bach, Langenberg (Schwarzeng-Band), Gemeindebau.
K: M. Hübshmann, Grünstädtel (Schwarzeng-Band), Nr. 22.
 Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Lohnsenkung! Beitragsenkung?
Der Arbeitsmarkt im Jahre 1931. — 1. In unserem Beruf. — 2. Arbeitslosennot überall. **Alle Sitten und Gebräuche unter den Buchbindergehilfen. I.**
Sammeln aus unserem Kollegenkreis: Lohnsenkung und Beitragsregelung.
Neos Buchbinder-Kalender.
Berichte: Chemnitz — Hamburg-Altona — Wuppertal.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Adressenänderungen.